

***Liebe LeserInnen des GPA-djp Newsletters „Europa und Internationales“,
nach 50 Ausgaben unseres Newsletters haben wir uns entschieden politisch und
technisch mit der Zeit zu gehen und unsere LeserInnen zukünftig auf unseren
Weblogs über unsere Aktivitäten und Gewerkschaftlichem aus Europa und der
ganzen Welt zu informieren.***

***Wir werden unseren Newsletter in gewohnter Form also einstellen und Sie ab
Oktober regelmäßig über Neuigkeiten auf unseren Weblogs informieren.***

❖ Europäische Union / Europa

➤ 29. September: EGB-Aktionstag und Großdemonstration in Brüssel

„Es ist höchste Zeit, um ein starkes Zeichen gegen die Sparmaßnahmen der diversen Regierungen zu setzen, die zu einem großen Teil nur die arbeitenden und sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen treffen würden“, betont Wolfgang Katzian, Vorsitzender der GPA-djp und Europasprecher des ÖGB, anlässlich der bevorstehenden Großdemonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel, die am 29. September im Rahmen eines Europäischen Aktionstags stattfinden wird.

Die europäische Gewerkschaftsbewegung spricht sich vor allem gegen die (zu erwartenden) Sparmaßnahmen aus und fordert Maßnahmen für Beschäftigung und Wachstum. Unter dem Titel „No to austerity - Priority for jobs and growth“ werden rund 100.000 GewerkschafterInnen aus zahlreichen Ländern der Europäischen Union an einem Protestzug durch Brüssel teilnehmen. Unterstützt wird die Großdemonstration in Brüssel durch einen Generalstreik in Spanien und durch verschiedene Kundgebungen in anderen Mitgliedstaaten.

In Österreich fällt der EGB-Aktionstag mit dem „Equal Pay Day“ zusammen: Am 29. September endet heuer statistisch gesehen die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. In Österreich verdienen Frauen für die gleiche Arbeit noch immer um durchschnittlich 25,6 Prozent weniger als Männer – und zwar bei ganzjähriger Vollzeitarbeit. Die ÖGB-Frauen sehen ihre Aktivitäten am 29. September daher als Beitrag zum Europäischen Aktionstag. Denn Sparmaßnahmen in Sozialbereichen treffen Frauen immer besonders rasch und besonders hart. Der ÖGB und die Teilgewerkschaften werden dazu und zu den weiteren Forderungen des EGB-Aktionstages in allen Bundesländern Straßenaktionen machen.

Quelle: www.gpa-djp.at

Mehr dazu:

[GPA-djp Themenseite zum EGB-Aktionstag am 29. September](#) / [ÖGB Themenseite zum EGB-Aktionstag am 29. September](#) / [EGB-Themenseite zur Demonstration in Brüssel \(Englisch\)](#)

➤ **EU: Finanztransaktionssteuer lässt noch immer auf sich warten**

Obwohl mittlerweile selbst konservative PolitikerInnen von der Notwendigkeit einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene überzeugt sind, bleibt die EU-Kommission stur und lehnt die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer ab. Auch das letzte Treffen des EU-Rates für Wirtschaft und Finanzen Anfang September blieb vor allem aufgrund der Blockade des englischen Finanzministers im Hinblick auf eine europäische Finanztransaktionssteuer ohne Ergebnis.

John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), kritisiert in einem Brief an die EU-Kommission und die aktuelle belgische Ratspräsidentschaft vor allem die bisherige Vorgehensweise der EU-Kommission und verurteilt die Ablehnung der – eigentlich sehr profitablen – Finanztransaktionssteuer, die aus rein ideologischen Gründen zurückgewiesen würde. „Der EGB glaubt fest daran, dass es höchste Zeit ist zu handeln. Wir brauchen jetzt eine europäische Finanztransaktionssteuer, die einen wichtigen Beitrag bei der finanziellen Sanierung der nationalen Haushalte leisten und rein spekulative Angriffe vorbeugen würde.“

Quelle: www.oegb-eu.at

Mehr dazu:

[Artikel des ÖGB-Europabüros und Brief von John Monks an die EU-Kommission und die EU-Ratspräsidentschaft \(Englisch\)](#) / [Europäische Kampagne für die Regulierung der Finanzmärkte unter Beteiligung des ÖGB](#)

➤ **Weiteres EuGH-Urteil gegen grundlegende gewerkschaftliche Rechte**

Nachdem die Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in den vergangenen Jahren wiederholt Grundrechte der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung in Frage gestellt hat, sorgt nun ein EuGH-Urteil erneut für Unmut unter den europäischen Gewerkschaften.

Die deutschen Kommunen haben bislang Verträge für Betriebspensionen auf kollektivvertraglicher Grundlage zwischen den Sozialpartnern ohne unionsweite Ausschreibung direkt vergeben. Die deutschen Kommunen argumentierten, dass die Betriebspensionen Teil des Arbeitsverhältnisses seien und außerdem im Rahmen der Kollektivvertragsfreiheit gestaltet werden könnten. Doch auch in diesem Fall urteilte der EuGH wie in früheren Entscheidungen, dass auch Kollektivverträge den wirtschaftlichen Grundfreiheiten der Europäischen Union unterworfen sind.

„Dies ist ein weiteres Urteil, das das soziale Europa schädigt“, zeigte sich der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), John Monks, von der Entscheidung enttäuscht. Es sei besorgniserregend, dass der Gerichtshof damit den Vorrang von wirtschaftlichen Freiheiten vor sozialen Grundrechten wieder einmal bestätigt und die „dunkle Serie“ der mit Viking und Laval initiierten Urteile fortsetzt. Die europäischen Gewerkschaften hatten die EuGH-Spruchpraxis in vier richtungsweisenden Fällen der vergangenen Jahre - Viking, Laval, Ruffert und Luxemburg - massiv kritisiert, da sie u.a. das Streikrecht und die Kollektivvertragsfreiheit in mehreren Ländern einschränken würden. Der EGB erneuerte daher seine Forderung nach einem sozialen Fortschrittsprotokoll, mit dem der Vorrang sozialer Grundrechte in den EU-Verträgen sichergestellt würde.

Quellen: www.oegb-eu.at

Mehr dazu:

[Themenseite des ÖGB-Europabüros zum jüngsten EuGH-Urteil](#) / [EGB-Themenseite zu den verschiedenen gewerkschaftsfeindlichen EuGH-Urteilen \(Englisch\)](#)

➤ **Resolution von UNI-Europa Handel gegen Sonntags-, Nacht- und Spätarbeit im Handelssektor**

Die Sonntags- und Nachtruhe im Handelsektor gerät europaweit zunehmend unter Druck. Handelsunternehmen und die Regierungen zahlreicher EU-Mitgliedsstaaten versuchen seit Jahren insbesondere im Handelssektor die Arbeitszeitregelungen für Sonntags- und Nachtarbeit weiter aufzuweichen.

Bereits im März 2010 versammelte die 1. Europäische Konferenz zum Schutz des arbeitsfreien Sonntags über 400 TeilnehmerInnen aus Politik, Gewerkschaften, Kirchen und NGOs in Brüssel. Mitte Juli verabschiedete nun auch die gewerkschaftliche Dienstleistungsinternationale im Handelssektor in Europa (UNI-Europa Handel) eine Resolution zur Sonntags-, Nacht- und Spätarbeit im Handelssektor und kündigte gewerkschaftliche Aktivitäten und den Start einer europäischen Kampagne gegen Sonntags-, Nacht- und Spätarbeit an.

Quelle: www.gpa-djp.at

Mehr dazu:

[Resolution von UNI-Europa Handel gegen Sonntags-, Nacht- und Spätarbeit im Handelssektor / GPA-djp Themenseite zur 1. Europäischen Konferenz zum Schutz des arbeitsfreien Sonntags](#)

➤ **Frankreich: Gegen Abschiebungen und die Pensionsreform**

Seit Wochen versucht die Regierung Sarkozy mit ihrem so genannten „Nationalen Krieg gegen Kriminelle“ durch das Schüren rassistischer Vorurteile von ihren sozialen Kahlschlägen und ihren Korruptionsskandalen abzulenken. Doch die Rechnung scheint zumindest in Frankreich nicht ganz aufzugehen.

Anfang September gingen in allen größeren französischen Städten rund 150.000 Menschen – aus Menschenrechts- und Antirassismusorganisationen aber auch den Gewerkschaften – gegen den französischen Staatsrassismus in Form der „Sicherheitsoffensive“ der Regierung Sarkozy und insbesondere gegen die Massenabschiebungen von Roma auf die Straße. Und nachdem bereits Ende Juni über 2 Millionen Menschen gegen die geplante Pensionsreform auf die Straße gingen, demonstrierten Anfang September über 2,5 Millionen Menschen gegen die Pläne das Pensionsantrittsalter und die Beitragsjahre zu erhöhen.

Es bleibt abzuwarten, wie der Kampf um die Pensionsreform in Frankreich ausgehen wird. Doch zumindest ist es der französischen Regierung nicht gelungen von ihren sozialpolitischen Einschnitten abzulenken.

Quelle: www.labournet.de

Mehr dazu:

[Themenseite von LabourNet Germany zur Pensionsreform / Berichte von LabourNet Germany über die Proteste gegen die rassistische Politik der französischen Regierung](#)

➤ **Türkei: Weltweite gewerkschaftliche Aktionen für die entlassenen UPS-KollegInnen in der Türkei**

Die internationalen gewerkschaftlichen Aktivitäten für die Wiedereinstellung von 157 UPS-Beschäftigten in der Türkei, die im November 2009 aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten bei UPS entlassen wurden, gehen weiter.

Am 1. September haben die GPA-djp und die Gewerkschaft vida im Rahmen eines globalen Aktionstages der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) eine Protestaktion vor dem UPS-Verteilerzentrum am Flughafen Wien Schwechat abgehalten

und die UPS-KollegInnen in Österreich über die Situation ihrer KollegInnen in der Türkei informiert.

Am 15. September hat sich die Gewerkschaft vida der Idee des niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV angeschlossen, das weltweit agierende US-amerikanische Speditionsunternehmen über seine Callcenter-Struktur unter Druck zu setzen. Den ganzen Vormittag über haben GewerkschafterInnen in ganz Europa ununterbrochen bei den zentralen europäischen UPS-Callcentern angerufen und dabei eine spürbare Verzögerung der telefonischen Kundenbetreuung verursacht.

Die internationalen gewerkschaftlichen Aktionen zeigen bereits erste Erfolge. Allein die Ankündigung der Aktionstage veranlasste das US-amerikanische Management, das für die Türkei zuständige europäische Management anzuweisen, unverzüglich Gespräche mit der zuständigen türkischen Gewerkschaft aufzunehmen.

Quelle: www.vida.at

Mehr dazu:

[GPA-djp Newsletter Europa und Internationales vom Juni 2010 / Berichte der Gewerkschaft vida über die Aktionen für die UPS-KollegInnen in der Türkei](#)

❖ Internationales

➤ **Bangladesch: Massenstreiks in der Textilindustrie**

Millionen ArbeiterInnen (zum überwiegenden Großteil Frauen) arbeiten in der Textilindustrie von Bangladesch. 72 Stunden Wochenarbeitszeit bei oftmals 16-Stunden-Tagen gehören zum Alltag in den Textilfabriken. Der monatliche Mindestlohn in der Textilindustrie beträgt rund 19 Euro. Der niedrigste Stundenlohn der Welt ist auch der Grund dafür, dass zahlreiche internationale Bekleidungsunternehmen (wie WalMart oder H&M) in Bangladesch produzieren lassen.

Doch seit Ende Juli kommt es in der bangladeschischen Textilindustrie immer wieder zu Massenstreiks gegen die miserablen Löhne und Arbeitsbedingungen. Im August streikten rund 3,5 Millionen Textilarbeiterinnen tagelang für eine Erhöhung des Mindestlohns in ihrer Branche auf rund 55 Euro. Zeitweilig wurden über 700 Fabriken bestreikt. Obwohl die Polizei und die Unternehmen mit äußerster Brutalität gegen die streikenden ArbeiterInnen vorgingen, sah sich die Regierung nach wenigen Tagen gezwungen den Mindestlohn auf rund 34 Euro zu erhöhen. Doch den Streikenden war dieses Zugeständnis – mitunter aufgrund der miserablen Arbeitsbedingungen und der gewaltigen Profite der internationalen Textilunternehmen – zu wenig. Erneut gingen sie für ihre Lohnforderung auf die Straße.

Mehrere hundert ArbeiterInnen wurden während der Streiks von der Polizei verletzt. Über 4.000 Streikende wurden angezeigt; zahlreiche Streikführerinnen werden von der Polizei verfolgt und gefoltert; ausländische GewerkschafterInnen wurden von der Regierung davor gewarnt, Bangladesch zu besuchen und sich vor Ort solidarisch mit den Streikenden zu erklären. Und obwohl die Gewalt der bangladeschischen Regierung gegen die Streikenden stets brutalere Züge annimmt, ist der Arbeitskampf bislang nicht beendet. Immer wieder kommt es in vielen Textilfabriken zu spontanen Arbeitsniederlegungen.

Quellen: www.labournet.de

Mehr dazu:

[Bericht und Solidaritätsaktion der Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen von amnesty international](#) / [Berichte bei LabourNet Germany](#) / [Bericht von LaborNotes über die Streikbewegung in Bangladesch \(Englisch\)](#)

❖ Infos

➤ **Neugestalteter EU-Infobrief der AK Wien**

Der EU-Infobrief der AK Wien erscheint seit Kurzem in neuem Gewand und liefert 5x jährlich eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene.

Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Alternativen zur Hegemonie des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

Bestellung: [AK Wien](#)

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Greif, GPA-djp

Leiter der Abteilung Europa,
Konzerne & Internationale Beziehungen
wolfgang.greif@gpa-djp.at

Redaktion: **Lukas Neißl**
l.neissl@gmx.net

Den EKI-Newsletter abonnieren:
sabrina.drizhal@gpa-djp.at